

WIRTSCHAFTS

MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SJ, SPÖ & GEWERKSCHAFTEN

Nr. 9 1986 Preis 5,-

Sozialistische Linkspartei / SLP
Österreichische Sektion des CWI/KAI
Amsterdamschtr. 14/11, A-1070 Wien
T. 017 524 63 10 Fax 017 524 63 11
E-Mail slp@gmx.at

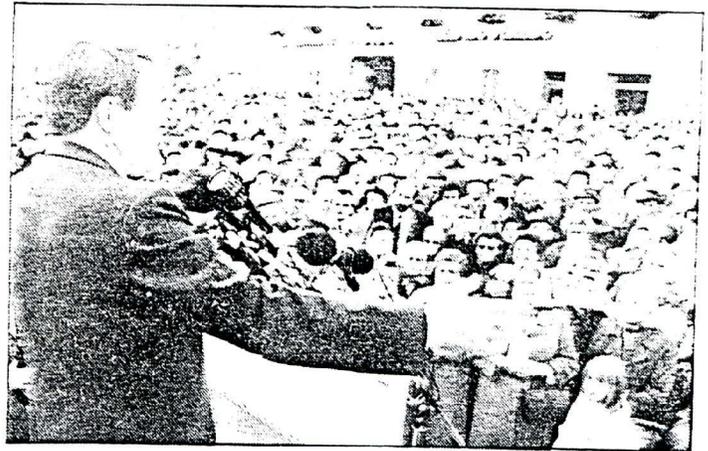
Solidaritätspreis 10,-

Für eine absolute Mehrheit der SPÖ mit einem sozialistischen Programm !!!!

Am 23. November 1986 wird der österreichische Nationalrat neu gewählt. Es ist keine Wahl, bei der nur irgendwelche Listenplätze und Mandate neu besetzt werden, es ist eine Wahl zwischen der großen Partei des Kapitals - der ÖVP - und der Partei, in der die arbeitende Masse organisiert ist, der SPÖ. So mancher SP-Kernwähler hat vor, diesmal nicht die SPÖ zu wählen, um zu zeigen, daß er mit der derzeitigen Politik der Partei nicht einverstanden ist. Nun, es ist sicherlich richtig, daß die derzeitige Führung lieber den Kapitalismus am Leben erhalten will, als ihn und seine Auswüchse zu beseitigen. Doch nicht die SPÖ zu wählen, ist sicherlich keine Lösung! Welche scheinbare Alternative gibt es denn?

Die ÖVP? Bekannt als die Partei des großen Kapitals, des Bürgertums und des erzkonservativen Bauerntums, befreundet mit Politikern wie Thatcher, Kohl und Reagan. Laßt Euch nicht täuschen von Schlagworten wie Aufschwung, Wende und Steuerreform! Seht auch die Staaten an, in denen Konservative ihre Wende vollzogen haben! Großbritannien und Deutschland, Staaten mit Millionen Arbeitslosen und Milliarden Profiten für die Unternehmer, werden derzeit von Konservativen regiert. (Dabei war die Steuerreform Reagans gegen die von Mock & Co geplante noch sozial!) Wollt Ihr eine solche Wende?

Oder die FPÖ? Eine Partei, die noch nicht einmal weiß, ob sie jetzt braun oder liberal, im Sinne von "Unternehmer, macht was ihr wollt!", ist, kann ohnedies keine Alternative für einen aufrechten Menschen



"Die SPÖ muß wieder die absolute Mehrheit erhalten - die einzige Chance für alle Arbeitnehmer!"

sein. Daß sie kein geeigneter Partner für die SPÖ ist, um ein sozialistisches Programm zu verwirklichen, haben wir in den Jahren der Koalition erfahren müssen.

INHALT

Steuerreform	Seite 2
Die Partei tanzt	Seite 5
Deutsche Wahl	Seite 6
Wahlkampfgedanken	Seite 8
Wofür wir kämpfen	Seite 8

EDITORIAL

Liebe Leser!

Gerade noch rechtzeitig vor der Wahl haben wir unser Vorwärts in nächstelanger Arbeit fertiggestellt. Damit Du, lieber Leser, nicht nur von den Plakatwänden angelächelt wirst, haben wir uns in dieser Ausgabe ausschließlich mit Wahlkampfthemen und den Parteien, insbesondere mit der SPO inhaltlich auseinandergesetzt. Da wir jedoch nicht nur Kritik üben, sondern konstruktive Vorschläge bringen, haben wir in dieser Nummer einige unserer wichtigsten Forderungen zusammengefaßt. Falls Du mehr über unsere politischen Vorstellungen wissen willst, schreib uns bitte.

Um diese Zeitung am Leben zu erhalten (der Verkauf deckt die Druckkosten meistens nicht ab), sind wir auf Deine Spenden angewiesen. Unser Spendenkonto und eine Kontaktadresse findest Du auf der letzten Seite. Für Deine Spende danken wir Dir schon jetzt recht herzlich!

Fortsetzung von Seite 1

Die "Grünen" wählen? Eine Gruppierung, bei der sich Umweltschützer von beiden Lagern einmal ein Stelldichein geben, um sich dann wieder in Hader und Zwietracht zu trennen. Mit einer Spitzenkandidatin, die sich weigert, mit linken Unterwanderern zusammenzuarbeiten, weil diese den Kapitalismus abschaffen wollen. Aber selbst, wenn die Partei, oder besser: die Splittergruppen, nur aus linken Unterwanderern bestehen würde, wäre sie keine Alternative, weil ihr jegliche Verankerung in der arbeitenden Masse fehlt.

Nein, es gibt keine Alternative zur SPÖ! Mit einem kämpferischen Programm könnte sie am 23. November die absolute Mehrheit erlangen. Aber jetzt SPO wählen alleine genügt nicht! Arbeitet in der Partei mit, unterstützt unsere Ideen, nur so könnt ihr etwas verändern! Vorwärts zu einer SPO mit einem sozialistischen Programm!

Steuern:

Gegen Umverteilung nach oben!

ÖVP-Obmann Mock hat uns Ende September sein erstes "Wahlkampfsüßholz" präsentiert: eine 20-prozentige Steuersenkung. Das klingt im ersten Moment ganz gut. - Bei näherer Betrachtung aber kommt man zu dem Schluß, daß sich über seine Pläne nur Großverdiener freuen können. Zum einen will er die

Tarifgruppen

völlig neu gestalten: Aus den bisher 10 Gruppen, die zwischen 21 und 62 Prozent liegen, sollen nur mehr 3 (drei!!!) entstehen. Da zahlen dann die "Armen" 20 Prozent (diese Senkung von 1 % ist ja lächerlich), der "Mittelstand" 30 Prozent, und die "Superreichen", die sich ihr Geld ohnehin besonders leicht und gleich haufenweise verdienen, statt 62 nur mehr 40 Prozent!!!



Noch eine kleine Erklärung zu den 62 Prozent: Es ist ja nicht so, daß jemand, der so ein hohes Einkommen hat, tatsächlich vom ganzen Bruttoeinkommen diese 62 % zahlt. Es werden erst noch die Sozialversicherung und eventuelle Freibeträge, die ja in dieser Schicht der Gesellschaft sehr häufig sind, abgezogen. Dies ergibt den lohnsteuerpflichtigen Teil des Einkommens, der auf einen Jahresbetrag umgerechnet wird (mal 12). Nun zahlt man, nach derzeitigen Steuersätzen für die ersten 50.000 Schilling 21 %, für die weiteren 50.000 S 27 % usw., und erst ab einem Betrag von 1,5 Millionen im Jahr 62%. Also zahlt ein Manager mit S 100.000,-/Monat ohnehin nur maximal 49,56% seines Bruttoeinkommens!!!

Zulagen und Zuschläge

Die vorgesehene Besteuerung der Zulagen, etwa für Überstunden, besonders schmutzige, körperlich schwere oder gefährliche Arbeit, trifft vor allem Arbeitnehmer, die in den unteren Lohngruppen zu finden sind. Und unterm Strich zahlt dann so ein Arbeiter sogar mehr Lohnsteuer als jetzt, während bei einem Jahreseinkommen von 1,5 Millionen S 253.000,- an Steuern gespart werden!

Hingegen sollen die Unternehmer noch mehr als bisher gefördert werden: Für "Eigenvorsorge und Eigentumsbildung" will die ÖVP einen Freibetrag von 30.000 Schilling, für Alleinverdiener sogar 60.000 Schilling (!!!) einführen. (Freibetrag heißt, daß man für diesen Betrag keine Steuern zahlen muß.) Die Körperschaftsteuer soll von 55 auf 35 Prozent gesenkt werden. Und noch dazu soll die Vermögenssteuer auf Betriebsvermögen überhaupt fallen. Die letzten beiden Steuerformen werden ja ausschließlich von Unternehmern bezahlt und es läßt sich klar erkennen, an wen Mock & Co die Zuckerl verteilen wollen.

Ein weiteres Kapitel ist der Alleinverdienerabsetzbetrag: Der ÖVP-Vorschlag, das Familieneinkommen nach der Anzahl der Kinder zu besteuern, ist keinesfalls eine Förderung für Familien, sondern für die bestbezahlten Alleinverdiener. Hier wäre ein Kind, dessen Vater oder Mutter über 70.000 Schilling verdient, um 3.352 Schilling mehr wert, als ein Kind, dessen Eltern bis 17.000 Schilling brutto verdienen. Gefördert werden also nicht kinderreiche Familien, sondern kinderreiche Reiche. Eine bessere Förderung für Familien könnte etwa durch höhere Familienbeihilfen erreicht werden.

Wenn die ÖVP verspricht, mit diesem Konzept die Staatskassen zu füllen, so kann man dies auch glauben, da ja ein Großteil der Steuerzahler zu den unteren Lohngruppen gehört, die dafür dann bezahlen müssen. Aber diese Art, dem arbeitenden Volk das Geld aus den Taschen zu ziehen und den Reichen zu schenken, ist für uns unakzeptabel! Eine Steuersenkung muß auf Kosten der Reichen, zugunsten der Klein- und Mittelverdiener erfolgen!

"Das wären ja... also das bedeutet für mich eine Ersparnis von....Mann, das wär ja toll.... so machen wir s!"



Fortsetzung von Seite 3

Ein Mann wach nach oben

Nachtrag:

Nach dem Schreiben dieses Artikels ist ein ÖVP-Geheimpapier aufgetaucht, das noch weitere Verschlechterungen verrät:

Voll besteuert würden demnach auch Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Karenzurlaubsgeld, Krankengeld, Hilflosenzuschüsse, Familienbeihilfe, Renten von Opfern des Faschismus, Unfallrenten, Zuschüsse aus der Bewährungshilfe u.a. Weiters ist die Aufhebung des § 34 EStG, (Außergewöhnliche Belastungen) vorgesehen, zu denen unter anderem zählen:

Aufwendungen für behinderte Kinder oder eigene Körperbehinderung und Krankheit, steuerliche Begünstigung für die eigene Ausbildung, Kindergartenkosten bei Alleinstehenden Müttern oder Vätern. (Außergewöhnliche Belastungen werden als Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte eingetragen.)

Die ÖVP behauptet zwar, die SPÖ hätte diesen Akt im Mistkübel gefunden (klar, wir durchsuchen doch immer deren Mist, wer's glaubt, wird seelig), doch selbst wenn es so wäre, allein der Gedanke an solch unsoziale Reformen genügt! Es steht nun jedem frei, sich ein Bild davon zu machen - weitere Erläuterungen sind wohl nicht mehr nötig!



Bereits vor dem Parteitag der FPÖ stand das Ergebnis der Wahl fest. Der neue nationale Vorsitzende Haider, der Vertreter des FPO-Fußvolkes, nutzte geschickt die Stimmung am Innsbrucker Parteitag. Betrunkene Delegierte, Nazi-Parolen und der Haß vieler Delegierter aus den Bundesländern auf die Wiener Parteileitung, machten es Jörg Haider nicht schwer. Seine ihm blind ergebene Anhängerschaft tobte im verrauchten Sitzungssaal: Der liberale Norbert Steger war geschlagen.

Durch den Führungswechsel ist das wahre Gesicht dieser Partei zum Vorschein gekommen. Selbst die liberalen Parteien Europas prüfen die "Liberale" Österreichs. Die Abwahl des liberalen Stegers lieferte der SPO-Führung einen geeigneten Grund für die Auflösung. Nicht, daß die SPO-Spitzenfunktionäre eine Zusammenarbeit mit einer rechten Partei ablehnen würde, aber für die Pläne des Bundeskanzlers Vranitzky ist diese kleine FPO ungeeignet.



Sein einziges Ziel: ins Parlament, egal wie

Die Partei tanzt!

Die Sanierung der Verstaatlichten, die Kürzungen der Sozialleistungen, die Kürzung der Reallöhne und die Steuerreform - all das soll die große Koalition sanktionieren. SPO und ÖVP sollen gemeinsam die Verantwortung für die arbeiterfeindliche Politik tragen.

Haider ist ein Gegner der großen Koalition. Die Parolen von Privilegienabbau und Kampf gegen die Korruption sind bloß beschickte Demagogie. Eines ist sicher: Haider will in die Regierung. Bei einer großen Koalition droht der FPÖ die Bedeutungslosigkeit. Die Nationalen der FPÖ werden keinen politischen Trick unversucht lassen, wieder in die Regierung zu kommen. Dem Politmanager Haider, ebenso guter Redner wie Demagoge, ist klar: Stammtisch und Nazi-Parolen sind zu wenig.

Ebenso klar ist die Aufgabe der SPÖ:
Keine Koalition mit der FPÖ!
Kampf gegen den Nationalismus,
besonders in Kärnten!

Schutz der slowenischen Minderheit in Kärnten vor Haider und seinen FPÖ-"Volksgenossen"!

Der "Mut zu Neuem" macht sich in der SPÖ bereits zum Wahlkampfauftakt bemerkbar. Eine Talk-Show hatten wir jedenfalls noch nicht. Auch daß Parteivorsitzender und Bundeskanzler - auf Fred Astaire getrimmt - mit Marlene Charell im Showblock tanzen, ist meines Wissens nach eine Neuerung. Als Krönung wird die - wie immer knapp bekleidete - Charell von Sallaberger und Sinowatz an Bein und Hüfte hinausgetragen. Politiker einmal anders - der augenblicklichen Politikverdrossenheit der Menschen wird also genüge getan.

Da es aber eine Talk-Show ist, muß ein bißchen geplaudert werden, und unser aller Super-Franz erzählt von sich selbst und von der Zukunft unseres Landes. Der aufmerksame Zuhörer stellt sich nachher allerdings die Frage, was unser fescher Bundeskanzler denn eigentlich gesagt hat. (Nichts?)

Die um ihren Arbeitsplatz bangenden VOEST-Arbeiter werden sich gewiß freuen, daß sich die SPO in Wien solch großartige, teure Shows leisten kann, sie werden's uns von ganzem Herzen gönnen!



Bundesrepublik Deutschland:

Weg mit der Koalition
des Kapitals - eine
absolute Mehrheit für
die SPD ist möglich und
nötig!!!

Am 25. 1. 87 stehen Bundestagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland an. Die jetzt amtierende Koalition des Kapitals aus CDU, CSU und FDP malt sich zur Zeit aufgrund des 4 Jahre anhaltenden Aufschwungs gute Chancen aus, die Macht in Bonn nach der Wahl zu behalten.



Weitere 4 Jahre CDU-Regierung wären eine Katastrophe für die Arbeiterklasse, die Jugend und die sozial Schwachen! Ein kurzer Rückblick auf die letzten 4 Jahre zeigt, wer von dieser Regierung profitiert und wer darunter gelitten hat: Bis 1985 wurden schon DM 210 Mrd. von unten nach oben "umverteilt", die Unternehmer und Banken machten 1984 und 1985 Rekordprofite. Trotz Aufschwungs wurde die Arbeitslosigkeit nicht abgebaut. Sie liegt jetzt offiziell bei 2,1 Mio., inoffiziell sind es aber 3,5 Mio. Die "Lehrstellenversprechung" Bundeskanzler Kohls blieb uneingelöst: Heute suchen immer noch 200.000 Jugendliche eine Lehrstelle. Im Bereich des Sozialstaats wurde die finanzielle Unterstützung für Schüler gestrichen; Studenten bekommen sie noch, müssen sie aber voll zurückerzahlen. Außerdem wurden die Leistungen für Arbeitslose gekürzt, sowie die Sperrfrist verlängert, d.h., in den ersten 3 Monaten nach dem Arbeitsloswerden gibt es keinen Pfennig.

Diese sind nur die bekanntesten Kürzungen, sie machen aber deutlich, daß der Aufschwung nur in den Taschen der Unternehmer stattgefunden hat. Wie wird es erst sein, wenn in 1 - 2 Jahren spätestens die nächste Wirtschaftskrise ansteht? Falls diese Regierung wiedergewählt wird, würden ihre bisherigen Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung wie Zuckerschlecken aussehen.

Daher brauchen die Arbeiter und Jugendlichen eine SPD-Alleinregierung mit einem klaren Programm in ihrem Interesse, d.h., ein Programm, das nicht nur alle Kürzungen der CDU-Regierung zurücknimmt, sondern eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz für alle garantiert und allen Menschen über 18 einen Mindestlohn von DM 1.500,- zahlt. Die allgemeine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden bei gleichbleibendem Lohn wäre ein erster Schritt zur Umsetzung dieser Reformen. Zum Schutze der Umwelt und um die Gefahr der Atomenergie zu bannen müssen die Schwerindustrie und die Energiewirtschaft in Staatseigentum übergeführt werden, sodaß die AKW's sofort abgeschaltet und mit dem Ausbau umweltschonender Energietechnologien begonnen werden kann.

Um den Widerstand des Kapitals zu brechen, müssen die 200 größten Konzerne, die Banken und Versicherungen enteignet und unter demokratische Arbeiterverwaltung gestellt werden, um die Gesamtwirtschaft sinnvoll und längerfristig planen zu können.

Mit diesem Programm und bei kräftiger Mobilisierung der Jugend und Arbeiterschaft wäre eine absolute Mehrheit der SPD im Jänner möglich. Leider ist das Wahlprogramm der SPD sehr bescheiden ausgefallen! Kanzlerkandidat Rau hat nur in 3 Bereichen der Sozialpolitik konkrete Aussagen gemacht, will den "stufenweisen Ausstieg" aus der Kernenergie, ohne einen festen Zeitplan zu nennen und strebt die Schaffung von 300.000 neuen Arbeitsplätzen an - da wären nur etwa 100.000 mehr als unter der CDU-Regierung! Vor allem aber soll jegliches Vorhaben der SPD von den (kapitalistischen!) wirtschaftlichen Gegebenheiten abhängig bleiben; schon jetzt ist abzusehen, was aus diesem bescheidenen Programm wird, wenn die nächste Krise ins Haus steht.



Die SPD genießt potentiell große Sympathie bei den Arbeitern und Jugendlichen. Bei der letzten Bundestagswahl 1983 stimmten insgesamt 60 % der Jungwähler "links": Für SPD 37,5 %, für die "Grünen" 23,6 %. Die Grünen werden zwar von vielen Jugendlichen als "radikaler" angesehen, aufgrund ihres hartnäckigen Einsatzes für die Friedens-, Umwelt- und Anti-AKW-Politik; jedoch fehlt ihnen der Klassenstandpunkt der sozialistischen Veränderung der Gesellschaft und somit auch eine feste Basis in der Arbeiterklasse selbst, die ja die einzige Klasse ist, die diese Veränderung durchführen kann.



Die SPD-Führung muß an ihren eigenen Erfolg glauben und diese traditionellen Wählerschichten mit einem kämpferischen Programm mobilisieren. Noch steht der Wahlausgang überhaupt nicht fest, aber eins ist klar: die Arbeiterklasse kann sich die Koalition des Kapitals nicht mehr leisten - die SPD muß die Wende zum Sozialismus einleiten!!! Die SPD-Führung muß an ihren eigenen Erfolg glauben und diese traditionellen Wählerschichten mit einem kämpferischen Programm mobilisieren. Noch steht der Wahlausgang überhaupt nicht fest, aber eins ist klar: die Arbeiterklasse kann sich die Koalition des Kapitals nicht mehr leisten - die SPD muß die Wende zum Sozialismus einleiten!!!

Wahlkampfgedanken

Egal, wer diese Wahlen gewinnen wird, hinter den Kulissen wird auf beiden Seiten längst auf eine SPÖ-ÖVP-Koalition hingearbeitet. Bis auf die Frage, wer Bundeskanzler wird, dürfte die Vergabe der Ministerposten bereits größtenteils geklärt sein.

Der Wahlkampf der SPÖ dreht sich ausschließlich um die Person des Dr. Franz Vranitzky. Er muß Bundeskanzler bleiben, weil ihn Österreich braucht, ihm vertraut. Da weder die Politik der letzten Zeit, noch die Zukunftsperspektiven der Partei dazu geeignet sind, sich dem Wähler näherzubringen, wird auf die hohen Sympathiewerte des Super-Franz zurückgegriffen.



Nun, nach den letzten Wahlen wird sich sicherlich niemand, der die SPÖ und ihre derzeitige Politik ein bißchen kennt, einen politischen Wahlkampf erwartet haben. Aber es darf die Wahltaktik nicht auf das bescheidene und sehr wahrscheinliche Ziel "relative Mehrheit" beschränkt bleiben, es muß auf jeden Fall die Absolute angestrebt werden. Daß dies mit einem unpolitischen Wahlkampf, der auf einen Personenkult um den smarten Bundeskanzler Franz Vranitzky aufbaut, nicht gewährleistet ist, liegt auf der Hand. Außerdem kann die Idee, mit einer stark besetzten Talk-Show in den

Fortsetzung auf Seite 10!

WOFÜR

SPÖ

- Wir wollen eine absolute Mehrheit der SPÖ auf Grundlage eines sozialistischen Programms.
- Ihre Funktionäre müssen jederzeit wähl- und abwählbar sein, kein Parteifunktionär darf mehr verdienen, als ein durchschnittlicher Facharbeiter, sie sollen wissen, wen sie vertreten!
- Die SPÖ muß wieder zu der ebenso eindeutigen Interessensvertretung der arbeitenden Bevölkerung werden, wie ÖVP und FPÖ es für die Kapitalisten sind!

Jugendarbeitslosigkeit

- Wir fordern einen garantierten Ausbildungsplatz für alle. Wir wollen keine Krise ausbaden, die wir nicht verursacht haben!
- Ausbildung muß aus der Unternehmerhand genommen werden. Wir sind für die Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungsstätten, die von den Gewerkschaften geleitet werden. Für die Finanzierung der Ausbildung soll der Profit der Unternehmer dienen.
- Lehrlinge dürfen keine billigen Arbeitskräfte sein, daher wollen wir einen Mindestlohn von S 8.000,- netto während der Lehrzeit.

Arbeitszeitverkürzung und neue Technologien

- Wir fordern die sofortige Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und die weitere Senkung der Arbeitszeit entsprechend dem technologischen Fortschritt.
- Die neuen Technologien müssen zugunsten der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt werden und nicht zugunsten des Kapitals.
- Für einen systematischen und planvollen Einsatz von Computern und

WIR KÄMPFEN :

- Robotern in einer demokratischen Planwirtschaft, mit dem Ziel, die Wochenarbeitszeit auf ein Minimum zu senken.

Verstaatlichte

- Schluß mit den Entlassungen in der verstaatlichten Industrie!
- Wir fordern die weitgehende Verstaatlichung aller großen Industrien und Banken Österreichs.
- Verwaltung und Kontrolle der Verstaatlichten sollen Belegschaftsvertreter, Gewerkschaften und Vertreter des Staates zu gleichen Teilen übernehmen!

Wohnen

- Wir fordern einen Mindestlohn von 10.000 Schilling netto für alle Arbeitnehmer um ein menschenwürdiges Wohnen zu garantieren.
- Die Mieten dürfen nie mehr als 20 % des Nettoeinkommens ausmachen.
- Wir wollen die Überführung von Bebauungsgebieten und allen leerstehenden Wohnungen in Gemeineigentum!
- Wir fordern die Verstaatlichung der großen Baugesellschaften zur Durchführung eines massiven staatlichen Wohnbauprogramms unter demokratischer Arbeiterverwaltung und -kontrolle.

Bildung

- Wir fordern kostenlose Bildung für alle und die jederzeitige Möglichkeit für Arbeiter, sich bei voller Lohnfortzahlung kostenlos weiterzubilden.
- Schluß mit Leistungsdruck und Auslese; für eine vollständige Überarbeitung und Kontrolle der Lehrinhalte durch Schüler, Lehrer, Eltern und Gewerkschaften!

- Für die sofortige Einführung des 10. Pflichtschuljahres und des 2. Berufsschultages!
- Für eine angemessene Ausbildungsförderung von S 8.000,- netto für alle Schüler und Studenten nach den Pflichtschuljahren, um jedem die Ausbildung zu ermöglichen, die er/sie haben will!
- Für die Abschaffung des dualen Bildungssystems, keine Trennung zwischen berufs- und allgemeinbildenden Schulen!

Für eine geplante Wirtschaft

- Wir werden die echte Versöhnung von Ökologie und Ökonomie in einer geplanten Wirtschaft durchsetzen.
- Planen wir die Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit, nicht nach den Profiten!
- Demokratische Arbeiterplanung, -kontrolle und -verwaltung über die Betriebe um bürokratische Auswüchse und Cliquenbildung wie in den Ostblockstaaten zu verhindern.

Die kapitalistische Wirtschaft kann ihre eigenen Krisen nicht mehr überwinden! Daher werden wir die kapitalistische Wirtschaftsordnung überwinden!

Vorwärts zu den vereinigten sozialistischen Staaten von Europa auf dem Wege zu einer sozialistischen Welt!!!

Eigentümer, Herausgeber u. f. d. Inhalt verantwortlich:
 Andrea Koch, Weldengasse 26/1/7, 1100 Wien
 Eigendruck

Fortsetzung von Seite 8:

Wahlkampf einzusteigen, als eher mißlungen bezeichnet werden. Daß derartige Peinlichkeiten Wählerstimmen bringen, darf bezweifelt werden.

Es ist jedoch einzusehen, daß es momentan schwer möglich ist, Plakate mit politischer Aussage zu drucken oder aussagekräftige Veranstaltungen zu organisieren, ist doch die derzeitige Politik der SPÖ alles andere als

SPENDET für VORWÄRTS

Uns hilft auch der kleinste Betrag!!!

**Unsere Kontonummer für Spenden und Aboeinzahlungen:
PSK 1.670.350**

Wir treffen uns jeden Freitag in der SJ-Gruppe ROTE WERKSTATT, 1100 Wien, Raxstraße 15.

sozialistisch. Auch Zukunftsweisendes hat die Partei nicht viel zu bieten, die "Perspektiven 90" können nicht einmal als vager Ansatz eines sozialistischen Programmes bezeichnet werden.

Es muß jedoch wieder möglich werden, einen politischen Wahlkampf zu führen, der auf eine absolute Mehrheit der SPÖ abzielt! Dies wird jedoch nur durch ein klares sozialistisches Programm gewährleistet sein.

ABONNIERT UNSERE ZEITUNG!

Normales Abo 1 (5 Nummern) S 40,--
Normales Abo 2 (10 Nummern) S 70,--

Förderabo 1 (5 Nummern) mehr als Förderabo 2 (10 Nummern) 40/70 S!

Die Preise sind incl. Porto. Dein Vorwärts liegt dann pünktlich am Erscheinungstag in Deinem Postkastl und Du brauchst nicht warten, bis Dir ein Handverkäufer zufällig über den Weg läuft!

Danke im Voraus von Vorwärts!

UNTERSTÜTZT VORWÄRTS!

O Ich möchte mehr über euch wissen, nehmt mit mir Kontakt auf!

o Eure Zeitung gefällt mir so gut, daß ich ein Abo bestellen will!

Abo-Typ:

Name:

Adresse:

Telefon:

An die
Vorwärts-Redaktion
c/o Andrea Koch

Weldengasse 26/1/7
1100 WIEN